Nr. 381 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 53

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich-Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse
„Sozialdemokrat Berlin".

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 31. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung. Sonnabend, den 31. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Koch.

Eingegangen ist ein Schreiben des Reichsverkehrsministers Gröner, wonach den Wünschen des Reichstages entsprechend ein Ausschuß zur Prüfung der technischen und finanziellen Verhältnisse der Reichseisenbahnen eingesetzt worden ist. Ihm sollen neben Verkehrssachverständigen 12 Reichstagsabgeordnete und 12 Mitglieder des Reichswirtschaftsrats angehören.

Die Entwaffnung der Bevölkerung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Danach sind alle Militärwaffen bis zu einem von dem Reichskommissar für die Entwaffnung festzusetzenden Zeitpunkt an die von ihm zu bestimmenden Stellen abzuliefern. Dasselbe gilt für die Munition.

Reichsminister des Innern Koch:

Zu dieser Vorlage sind wir durch das Abkommen von Spa verpflichtet. Wir können diese Aufgabe aber nur lösen, wenn sie nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volke durchgeführt wird. Wieviel Waffen noch im Besitz der Bevölkerung sind, kann auch nicht schätzungsweise angegeben werden. General von Seeckt hat in Spa eine Aufstellung übergeben, wonach in unbefugten Händen sich noch etwa 1,9 Millionen Gewehre, 8400 Maschinengewehre und 4000 Minenwerfer befinden. Ob die Zahlen zutreffend sind, läßt sich nicht sagen. Die Ablieferung kann nur Erfolg haben, wenn das ganze deutsche Volk dabei mitwirkt. Neben den gesetzlichen Maßnahmen wird daher auch eine weitgehende Aufklärung des Volkes notwendig sein.

Die Entwaffnungsaktion

selbst kann nur durch das Reich und nicht durch die Länder durchgeführt werden. Die Durchführung muß in den Händen einer zivilen Behörde liegen. Es soll daher ein Reichskommissar für diesen Zweck eingesetzt werden, der völlig unparteiisch vorgehen soll. Die Hauptzahl der Waffen befindet sich in den Händen derjenigen, die einen Angriff von der Gegenseite erwarten. Dieses Mißtrauen muß beseitigt werden. Die Aktion soll daher so unpolitisch wie möglich durchgeführt werden. (Lachen der U. Soz.)

Abg. Lübbring (Soz.):

Wir haben gegen den Gesetzentwurf die größten Bedenken. Er muß in einer gründlichen Kommissionsberatung noch wesentliche Verbesserungen erfahren, wenn wir ihm zustimmen sollen. Das Gesetz muß dazu führen, daß sich Waffen nur noch in den Händen der Reichswehr und Sicherheitspolizei befinden. Der Minister ist im Irrtum, wenn er glaubt, daß die Kreise, die Putschabsichten hegen, nicht mehr viele Waffen hätten. Wir haben

die größten Bedenken gegen die Einwohnerwehren

und die in Bildung begriffenen „Selbstschutzverbände". Die letzteren Verbände werden schon dadurch gekennzeichnet, daß sie das Werk des reaktionären bayerischen Forstwarts Escherich sind. Nach den Satzungen sind die zwei parteipolitisch neutral, aber ihre Führer sind durchaus vom Geiste des Herrn Kapp beseelt. Diese heimlich gegründeten Verbände verstoßen gegen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches. Ich verlange von der Regierung Antwort auf die Frage, ob auch diese Selbstschutzverbände unter die Wohltat des § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs fallen. Die Selbstschutzverbände haben beschlossen, sich einer Entwaffnung mit Gewalt zu widersetzen und sie finden dabei die Unterstützung der Wehrkreiskommandos. Der bayerische Ministerpräsident von Kahr will es sogar auf einen

Bruch mit dem Reich

ankommen lassen, um unter allen Umständen die Entwaffnung zu verhindern. In Ostpreußen stehen die Selbstschutzverbände mit Zustimmung der Reichswehr unter Leitung von Offizieren, die aus der Sicherheitswehr entlassen werden mußten, weil sie in bezug auf die republikanische Verfassung nicht zuverlässig waren. (Hört, hört!) Der mit der Entwaffnung betraute Reichskommissar muß ein durchaus zuverlässiger, unparteiischer Mann sein. Auf keinen Fall darf dazu ein früherer Offizier verwandt werden. Die jetzt im Entwurf zugelassenen Ausnahmen müssen verschwinden. Angesichts der großen Waffenlager, die noch überall auf den Gütern vorhanden sind, müssen die Strafbestimmungen bedeutend verschärft werden. Es darf auch nicht vor der Vermögenskonfiskation zurückgeschreckt werden. Nur wenn die Vorlage gründlich umgestaltet wird, können wir ihr zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß in der Morgen-Ausgabe.)

•

Streikdrohung der Eisenbahner.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet heute die Beschlüsse des Unterausschusses über die Einstufung des Verkehrspersonals in die Besoldungsordnung. Die Vertreter der drei Eisenbahnerverbände hatten dazu ein Ultimatum eingereicht, daß sie einen Demonstrationsstreik der Eisenbahner in ganz Deutschland herbeiführen würden, wenn nicht bis heute nachmittag 3 Uhr ihre Forderungen erfüllt seien.

Darüber entwickelte sich eine lebhafte Aussprache. Der Finanzminister erklärte, daß er angesichts des Ultimatums seine Bemühungen um eine Verständigung einstellen müsse. Es gehe gegen die Autorität der Regierung, gegen die Demokratie und gegen das Parlament, daß die Eisenbahner in einer derartigen Weise einen Druck auszuüben suchen, diesem könne man nicht weichen. Abg. Ersing (Z.): Der Ausschuß kann sich dem Diktat dieser Organisationsvertreter unter keinen Umständen beugen. Ich beantrage Aussetzung der Verhandlungen.

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Sachlich wäre eine Einigung leicht möglich gewesen. Dieses Schriftstück der Organisationen an die Reichsregierung und den Haushaltsausschuß zwingt uns aber, die Verhandlungen auszusetzen. Sie können nicht eher wieder aufgenommen werden, als bis die Organisationen von dieser offenbar durch Unberufene erhobenen Drohung mit dem Demonstrationsstreik zurücktreten. Die Abgeordneten Kahur (Soz.), Schuldt (Dem.) und Dr. Höfle (Z.) stellten fest, daß die ihnen nahestehenden Organisationen von dem Ultimatum nicht verständigt worden seien. Auch die Vorstände der Organisationen wissen nichts davon.

Der Ausschuß faßte danach den Beschluß, bis zur Klärung der Angelegenheit und zur förmlichen Zurückziehung des Ultimatums die Verhandlungen auszusetzen. Die nächste Sitzung wurde auf Montag angesetzt.

Moskauer Thesen.

Das Exekutivkomitee der dritten Internationale veröffentlicht seine Thesen zum zweiten Kongreß der Moskauer Internationale. Die erste dieser Thesen lautet:

Die Kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse. Und zwar ihr am meisten vorgeschrittener, ihr klassenbewußtester und darum auch revolutionärster Teil. Die Kommunistische Partei entsteht durch die natürliche Auswahl der besten, klassenbewußtesten, selbstlosesten, weitsehendsten Arbeiter. Die Kommunistische Partei hat keine von der Arbeiterklasse verschiedenen Interessen. Die Kommunistische Partei unterscheidet sich von der ganzen Masse der Arbeiter dadurch, daß sie den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse als Gesamtheit übersieht und auf allen Wendungen dieses Weges die Interessen nicht einzelner Gruppen, nicht einzelner Berufe, sondern die Interessen der Arbeiterklasse als Gesamtheit verteidigt.

Sieht man sich diese These nur oberflächlich an, so wird man sich ihrem bestechenden Aeußeren nicht ganz entziehen können; eingehender Prüfung jedoch hält das Fundament nicht stand. Daß die Kommunistische Partei behauptet, in ihren Reihen die bestqualifizierten Arbeiter zu vereinigen, ist eben eine Behauptung und kein Beweis, eine Behauptung, wie sie übrigens jede Partei mehr oder minder deutlich ausspricht. Der zweite Teil der These lehnt sich unverkennbar an die Darwinsche Theorie von der „Auslese der Besten im Kampf ums Dasein" an. Die Anwendung dieser Theorie jedoch ist da unmöglich, wo es einer Gruppe an historischer Vergangenheit in so hohem Maße fehlt wie der K. P. D. Die Theorie stürzt, an falscher Stelle angewandt, ebenso in sich zusammen wie der Hinweis des letzten Satzes der ersten These auf den historischen Weg der Arbeiterklasse; denn gerade die K. P. D. ist eminent unhistorisch. Weiter heißt es in den Grundsätzen der dritten Internationale:

Erst nachdem die proletarische Diktatur die Bourgeoisie solcher mächtiger Beeinflussungsorgane wie der Presse, der Schule, des Parlaments, der Kirche, des Verwaltungsapparats und anderer mehr beraubt haben wird, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung für alle offensichtlich geworden sein wird, werden alle oder fast alle Arbeiter in die Reihen der Kommunistischen Partei hineingehen.

Auch hier wird an Stelle des Beweises die apodiktische Behauptung gewählt. Marx und Engels haben bekanntlich abgelehnt, im einzelnen darzustellen, wie sich das Bild nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft, den auch sie als Notwendigkeit lehrten, gestalten würde. Die Kommunisten von heute wissen es besser: sie dekretieren, daß nach dem Zusammenbruch der Bourgeoisie alle Arbeiter der K. P. zuströmen werden. Dabei ist nicht einmal gesagt, ob der Versuch einer gewaltsamen Zertrümmerung des Apparates der bürgerlichen Gesellschaft tatsächlich ihren schnelleren Untergang herbeiführt als der den ökonomischen Gesetzen folgende natürliche und organische Entwicklungsgang. Doch mit Oekonomie haben diese eigenartigen „Marxisten" wenig zu schaffen. Wie weit der kommunistische Weg von dem durch Marx und Engels nachgewiesenen abführt, beweisen nachfolgende weiteren Sätze der Thesen des Exekutivkomitees:

Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, **der unvermeidlich in den Bürgerkrieg übergeht,** ist die Eroberung der politischen Macht.

Hier geht Richtiges und Falsches bunt durcheinander. Richtig ist, daß der Klassenkampf ein politischer Kampf ist; richtig ist auch, daß sein Ziel die Eroberung der politischen Macht ist. Beide Wahrheiten sind nur Halbwahrheiten; denn der Klassenkampf ist ein politischer und ein wirtschaftlicher Kampf mit dem Ziel, neben der politischen Macht und durch diese die ökonomische zu erringen und zu befestigen. Der Uebergang des Klassenkampfes in den Bürgerkrieg ist nicht unvermeidlich, wie die Kommunisten behaupten, sondern er kann seine Begleiterscheinung werden, nie aber darf man ihn als Selbstzweck proklamieren, wie es seit Begründung der Sowjetherrschaft in Rußland unaufhörlich von kommunistischer Seite gepredigt wird.

Bemerkenswert ist, daß die dritte Internationale von der K. A. P. D. beträchtlich abrückt. Dieser wird Rückkehr zum Syndikalismus und zur reaktionaären Anschauungsweise vorgeworfen.

Aber im Vergleich mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus, stellen der Syndikalismus und der Industrialismus einen Schritt rückwärts dar. **Die Erklärung der „linken" Kommunisten Deutschlands, daß sie zwar eine Partei, aber „keine Partei im überlieferten Sinne des Wortes" schufen, ist eine geistige Kapitulation vor jenen Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionäre Anschauungen sind.**

Jean Jaurès' Ermordungstag.

Zum 31. Juli 1914.

Am heutigen Abend jährt sich zum sechsten Male der grauenhafte Augenblick, an dem sich durch ein offenes Fenster des kleinen Pariser Journalistencafés „Au Croissant" ein Faust durchschlich und den unvergeßlichen Führer der französischen Sozialisten und der Internationale, Jean Jaurès, mit zwei Browningschüssen in den Hinterkopf bestialisch und feige hinmordete.

Selbst wenn der 31. Juli 1914 nicht obendrein das Kriegsverhängnis ins Rollen gebracht hätte und somit den Tod und das Elend für Millionen von Proletariern aller Länder bedeuten würde, so genügte die Erinnerung an den großen Märtyrer der Völkerversöhnung, um diesen Tag von allen sozialistisch und pazifistisch Denkenden auf ewig verfluchen zu lassen.

In diesen Zeiten des Bruderkampfes und der Nachwirkungen des Völkerkampfes gibt es leider nur zu wenige Gebiete des sozialistischen Fühlens, auf denen sich alle Proletarier aller Länder vereinigen können. Das schmerzliche und treue Gedenken an den edlen und tapferen Jean Jaurès gehört aber zu den Momenten, in denen die gleichen Gefühle der Trauer und der Bewunderung alle sozialistischen Herzen ohne Unterschied der Nationalität und der Parteizugehörigkeit bewegen.

•

Im Namen des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratischen Partei sandte Genosse Scheidemann am 1. August 1914 das folgende dringende Telegramm an die Pariser „Humanité", von dem wir allerdings nicht wissen, ob es in den Kriegswirren überhaupt an seine Adresse gelangt ist:

„Tief erschüttert vernehmen wir die entsetzliche Botschaft, daß Euer, daß unser aller Jaurès nicht mehr unter den Lebenden ist. Kein schwererer Verlust konnte Euch, konnte uns alle in dieser ernsten Zeit treffen. Das deutsche Volk neigt sich vor dem Genius dieses großen Vorkämpfers und beklagt es aus tiefstem Herzen, daß gerade jetzt der Mann nicht mehr auf dem Platze sein kann, der sein Leben lang gekämpft hat für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Sein Wirken wird unvergänglich sein in der Geschichte des internationalen Sozialismus und der menschlichen Kultur. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Scheidemann."

Bekanntlich wurde im Frühjahr vorigen Jahres, nachdem der Meuchelmord während des ganzen Krieges ungesühnt geblieben war, der Mörder Raoul Villain vom Pariser Schwurgericht freigesprochen, ein unauslöschbarer Schandfleck in der französischen Justizgeschichte.

In der vorigen Woche ist der gänzlich in Vergessenheit geratene Villain plötzlich wieder aufgetaucht: er wurde in einem Pariser Vorort verhaftet, als er in einer Spelunke Handel mit Silbermünzen trieb.

Und dieser verkommene Bursche hat einen Jaurès hingeschlachtet!

Straßenbahnerstreik in Hannover. Am Freitag nachmittag haben die Straßenbahner in Hannover wegen nicht erfüllter Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig.

Diese Kritik ist richtig, trifft aber in vielen Punkten auf die Kritiker selbst, auf die Kommunisten nämlich, zu. Alle Dekrete und Proklamationen der K. P. beseitigen nicht den Zweifel, daß wir es in der dritten Internationale mit einem sozialistischen Experiment zu tun haben, das infolge seiner inneren Widersprüchsfülle zum Scheitern verurteilt ist, und das den Arbeitern, die sich gläubig an Moskau angeschlossen haben, eine Fülle von Enttäuschungen bevorsteht.

Rückzug auf Brest-Litowsk.

Warschau, 31. Juli. Generalstabsbericht vom 30. Juli. Eine Abteilung der bolschewistischen Reiterei dringt über Ossowiec in der allgemeinen Richtung nach Südwesten vor. Ihre Vorposten wurden bei Lomza durch unsere Abteilungen abgewehrt. Alle Angriffe der 4. feindlichen Armee an der Narewlinie von Wosna bis zur Eisenbahnlinie Bialystok—Brest-Litowsk wurden abgewehrt. Südlich von Bjelsk dagegen gelang es dem Feinde, sich der Eisenbahnstation Czerencha zu bemächtigen. Gegenwärtig führen unsere Abteilungen dort Gegenangriffe. Die polesische Gruppe geht auf ihre Stellungen bei Brest-Litowsk zurück. Nachdem sie auf ihrem Rückzug vier bolschewistische Infanterieregimenter geschlagen hatte, macht sich jetzt ein stärkerer Druck des Feindes nicht fühlbar. Am Styr örtliche Kämpfe. Die Kampfhandlungen in der Gegend von Brody—Radziwillow dauern fort. Die Flugzeugaufklärung ist dort durch atmosphärische Verhältnisse erschwert. Am Sereth ist die Lage im allgemeinen unverändert. Der Feind, der an einigen Stellen den Fluß überschritten hatte, wurde durch unsere Abteilungen im Gegenangriff zurückgeworfen.

Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen.

Paris, 31. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Eclair Parisien" erklärt, daß auf die beiden Telegramme vom 26. und 28. Juli an Tschitscherin noch keine Antwort aus Moskau eingegangen sei, andererseits werde gemeldet, daß gestern abend 6 Uhr in Baranowitschi die polnischen und die russischen Bevollmächtigten zur ersten Zusammenkunft eingetroffen seien. Dem gleichen Korrespondenten zufolge wird Krassin Göteborg heute abend verlassen und am Montag in London eintreffen.

Haller übernimmt die Nordarmee.

Warschau, 31. Juli. Wie aus militärischen Kreisen verlautet, ist General Szeptycki an Diphtherie schwer erkrankt. Den Oberbefehl über die nordöstliche Front hat General Joseph Haller übernommen.

Die Lebensmittelzufuhr von Danzig gefährdet.

Danzig, 31. Juli. (D.A.) Weil die Danziger Hafenarbeiter sich geweigert haben, polnische Munition in Danzig auszuladen, haben die polnischen Eisenbahnarbeiter die gesamte Güterzufuhr aus Polen nach Danzig gesperrt. Die Lebensmittelversorgung Danzigs ist gefährdet. Die polnischen Behörden sind machtlos.

Unter Vorzensur.

Beuthen, 31. Juli. (Telunion.) „Kurjer Nozensky" meldet, daß in ganz Polen Vorzensur eingeführt worden ist. Die polnischen Blätter schreiben von einer Militarisierung der Presse.

Polnische Treibereien.

Beuthen, 31. Juli. (Telunion.) Eine Meldung der hiesigen polnischen Telegraphen-Agentur besagt, daß das von der polnischen Abordnung in Spa den Ententevertretern vorgelegte Weißbuch unter anderen geheime deutsche Dokumente enthält, die sich auf die Reorganisation der Sicherheitspolizei in Oberschlesien bezögen. Die polnischen Berichte über den militärischen Zweck der Sicherheitspolizei dürften nicht wenig dazu beigetragen haben, daß die Konferenz von Spa der Bedingung der Entwaffnung auch die Bedingung der Auflösung der Sicherheitspolizei in ganz Deutschland hinzugefügt hat.

Auftakt zum Genfer Kongreß.

Genf, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Am Freitag fand unter dem Vorsitz Seidels eine vorbereitende Sitzung des Internationalen Sozialistenkongresses statt, die sich mit geschäftlichen Angelegenheiten befaßte. Am Sonnabend 10½ Uhr begann die Eröffnungssitzung des Kongresses unter dem Präsidium von Thom Shaw. Die heutige Sitzung wird vermutlich die Eröffnungsrede von Troelstra entgegennehmen, einige Kommissionen wählen und sich dann vertagen. Die erste Kommission soll die Statuten der Internationale festsetzen und allgemeine Fragen regeln, die zweite soll die Kriegsverantwortlichkeit und die Militarisierung untersuchen, die dritte soll sich mit dem Problem „Diktatur und Demokratie" beschäftigen, die vierte Kommission endlich soll die Mandate prüfen. Von der Tagesordnung des Kongresses wird vermutlich die Kolonialfrage abgesetzt werden. Die vorbereitende Sitzung verlief ruhig und die Aussprache war kameradschaftlich. Es sprachen: Huysmans, Adolf Braun, Troelstra, Thom Shaw, Sidney Webb, Vliegen, Renaudel. Bisher sind vertreten: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden und die Schweiz.

•

Genf, 30. Juli. Am Kongreß der Zweiten Internationale, der am Sonnabend morgen eröffnet wird, werden 150 Delegierte der verschiedenen Länder teilnehmen, und zwar treffen u. a. ein: aus England 28 Vertreter, aus Frankreich 11, aus den Niederlanden 5, aus Polen 7, aus Palästina 9, aus Schweden 14, aus Deutschland 12, aus Belgien 22, aus Italien 4, aus der Schweiz 8, außerdem Delegierte des Rütli-Vereins.

Der Bergarbeitertag in Genf.

Genf, 30. Juli. Die 35 Mitglieder starke deutsche Delegation zum Bergarbeiterkongreß mit Otto Hue an der Spitze ist in Genf eingetroffen.

Hue über die Sechsstundenschicht.

Genf, 30. Juli. Der deutsche Bergarbeiterführer Hue hatte mit einem Vertreter der Schweizer Depeschenagentur eine Unterredung, wobei Hue erklärte, daß die ihm in den Mund gelegte Aeußerung, die deutschen Bergarbeiter erstrebten durch das internationale Gewerkschaftssekretariat in Amsterdam eine Intervention der Bergarbeiter der Welt zugunsten der deutschen Bergleute, in allen Teilen frei erfunden sei. Niemals sei ein solches Ansuchen an irgendeine internationale Gewerkschaftsorganisation gerichtet worden. Weiter kam Hue auf eine Aeußerung in Spa als Sachverständiger zurück und erklärte, er habe darauf hingewiesen, daß die deutschen Bergleute zum Zwecke der Milderung der deutschen Kohlennot zur Zeit Ueberschichten machten. Sie seien aber der Ueberzeugung, daß in einer dreimaligen sechsstündigen Schicht unter den entsprechenden technischen Voraussetzungen mehr Kohle gefördert werden könnte als in der jetzigen Schichtzeit.

Deutschlands finanzielle Unterordnung.

**Paris, 30. Juli. In der heutigen Nachmittagssitzung der französischen Kammer wurde, wie schon kurz berichtet, über den Gesetzentwurf, der die französische Regierung ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Protokoll von Spa vom 11. Juli 1920 zur Ausführung zu bringen, beraten. Der Berichterstatter des Finanzausschusses, Bokanowski, erklärte, es sei unmöglich, daß Frankreich einen Teil der Verpflichtungen übernehme, die der Vertrag von Versailles Deutschland auferlege. An Stelle der im Friedensvertrag vorgesehenen Markbeträge, die Deutschland zahlen solle, komme nunmehr eine neue Leere in die französischen Kassen. Der Finanzausschuß sei der Ansicht, daß die Garantien für Rückerstattung der Vorschüsse — die man leisten solle — nicht genügend seien. Für den Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten berichtete alsdann der Abgeordnete Nollin, nach seiner Ansicht erläutert das Abkommen von Boulogne in glücklicher Weise das Abkommen von Spa. Daß Frankreich Deutschland Vorschüsse geben solle, sei recht und billig. In der Aussprache erklärte nach kurzen Bemerkungen von Peyroux und Ossola, die vor fast leeren Bänken sprachen, Ministerpräsident Millerand, die Regierung hätte Frankreich für den kommenden Winter die Kohlen sicherstellen müssen. Das Abkommen von Spa stelle die Kohlenversorgung im Verhältnis von 80 Proz. zu der normalen Zeit und zu einem um ein Fünftel billigeren Preise, als er augenblicklich sei, sicher. Weiter hätten die Alliierten Deutschland in erster Linie an seine Verpflichtungen zu finanzieller Unterordnung erinnert. Das sei einer der größten Vorteile des Abkommens von Spa. In Boulogne sei ein zweiter Vorteil erzielt worden: man habe die Befugnisse des Wiedergutmachungsausschusses geregelt, der die finanziellen Operationen regeln solle. Durch die Verwerfung des Protokolls entziehe man Frankreich, Belgien und Italien die Kohlen und mache das Abkommen von Spa hinfällig. Darauf sprach Maurice Barrès von der politischen Notwendigkeit, die Anwohner des Rheins und der Ruhr gegen die preußischen Herrschaftspläne zu schützen und ihnen den Genuß von Frankreichs Vorschüssen sicherzustellen. Dann wurde Artikel 1 des Gesetzentwurfes, wie gemeldet, mit 393 gegen 83 Stimmen angenommen.

Zum belgischen Kammerskandal.

Brüssel, 31. Juli. Infolge der Zwischenfälle vom Donnerstag wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Sekretär des Verbandes ehemaliger flämischer Kriegsteilnehmer.

Ein ungarischer Uebergriff.

Ueberfall auf eine österreichische Stadt!

Mit eiserner Stirn leugnet die Horthyregierung immer und immer wieder den weißen Terror ab. Die Brachialabteilungen und Offiziersformationen seien abgeschafft und die Meldungen über Terror und Drangsalierungen seien auf Verhandlungen der verjudeten internationalen Gewerkschaften zurückzuführen. Die Tatsachen sprechen indes eine andere Sprache. Das amtliche österreichische Korrespondenz-Bureau meldet unter dem 30. d. M. aus Graz:

Zwischen drei und vier Uhr früh wurde das Zeug- und Munitionsdepot in Fürstenfeld durch eine Gruppe von etwa achthundert Personen, die aus der Gegend von Rudersdorf in Ungarn kamen, geplündert. Die Depotbestände, ungefähr zweitausend Gewehre, 21 nicht gebrauchsfähige Maschinengewehre sowie ungefähr zweitausend Mannschaftsausrüstungen wurden weggeführt. Die Plünderer waren mit drei Lastautos samt Anhängewagen erschienen. Ein Teil der Leute, etwa 150, plünderte das Magazin, während die übrigen zur Bewachung der Stadt Fürstenfeld verwendet wurden. Die Ruhe in der Stadt wurde nicht gestört. Es kam auch zu keinen weiteren Tätlichkeiten. Die Bewachung des Zeughauses war von den Formationen noch nicht übernommen worden.

Das österreichische Staatsamt für Heerwesen erhielt über die Plünderungen des Waffenmagazins in Fürstenfeld vom Grenzschutzabschnitt Fehring einen Drahtbericht, wonach während der Plünderung die Telephonzentrale und die Gendarmeriestationen besetzt, alle Privatwohnungen der Gendarmen von Ungarn umstellt und die Telephonleitungen durchschnitten wurden. Wo sich ein Gendarm sehen ließ, wurde er mißhandelt. Auch der Bürgermeister von Fürstenfeld telegraphierte, daß Straßen und Häuser besetzt, Passanten und Wachorgane interniert und mißhandelt und die verhafteten Personen bis an die ungarische Grenze mitgeschleppt wurden, wo ihnen baldige Freilassung versprochen wurde.

Will die ungarische Regierung etwa auch diesen wohl vorbereiteten und gut organisierten Gewaltakt ihrer Handlanger ableugnen? Es wird ihr schwerlich gelingen, ebensowenig wie es ihr gelingen wird, die Haupttäter der dreisten Tat, die die ernstesten staatsrechtlichen Folgen zeitigen muß, von ihren Rockschößen abzuschütteln. Die Gewerkschaftsinterna-

Vor sechs Jahren ..

Von Hans Bauer.

Wißt ihr noch: „Der Gastwirt Soundso wollte die Brücke Soundso in die Luft sprengen. Er ist erschossen worden!" hieß es in einem der ersten Extrablätter.

Wißt ihr noch: „Die Gastwirte großer Restaurants lasen es nach einem Tusch vom Podium herab in die Gäste. Mit schneidiger, bewegter Stimme: Er ist erschossssssen worden!! Ungeheures Hallo setzte ein. „Haben Sie gehört? Er ist erschossen worden!"

Wißt ihr noch: Auf den Plätzen: Tausende von Menschen. Diese Tausende singen. Erst Deutschland über alles, dann die Wacht am Rhein, dann knien diese Tausende buchstäblich nieder. „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten" entlöst es sich ihrem Munde. Dann zuckt ein neues Extrablatt in die Tausende: Ein französischer Flieger warf über Nürnberg Bomben. Er ist abgeschossen worden. „Bravo!" kirrte es tausendkehlig.

Wißt ihr noch: Ihr saßt in einem Lokale. Plötzlich schrie einer: Dort sitzt ein Spion. Köpfedrehen. Augenfunkeln. Dann schritten ein Dutzend auf den Dunkelhaarigen zu. Rufe hallten: Serbenschwein! Ausländervieh! Schmeißt ihn raus! Zwölf Fäuste droschen auf den Mann los.

Wißt ihr noch: Plötzlich dröhnte wieder ein Tusch der Kapelle. Einer schritt auf ein Podium und hielt eine Ansprache: Deutsche Brüder und Schwestern! . . . Auf den zerbrochenen Leibern unserer Feinde, auf den Trümmern ihrer Verruchtheit wird das neue, größere Deutschland erstehen . . .!' — — — Bravaffooo! Deutschland über alles!

Wißt ihr noch: Einer, ein alter Grauhaariger, dem's zu beschwerlich war, erhob sich bei diesem Gesang nicht mit vom Stuhl. Sechse umringten ihn und hieben ihn auf die Straße.

Wißt ihr noch: Während an den Grenzen die ersten Granaten deutsche Männerleiber zerrissen, schwemmten sich schon die Schaufenster der Buchhändler mit Postkarten vom jämmerlichen Franzos', vom stockverlausten und versoffenen Russ', vom hundsniederträchtigen Engländer voll, liefen bei den Redaktionen und Bühnen die ersten, in sieben Tagen heruntergewichsten Manuskripte patriotischer Romane und Stücke ein. . . .

Vor sechs Jahren war das. In so vielen Zeitungen lasen wir damals „Das große Erwachen!", lasen wir vom „Geist von 1914 . . ." Ach, dieser Geist der ersten Tage! Dieser ersten Tage mit ihrem nervösen Sich-auf-den-Straßen-balleu, ihrem Taumeln zwischen: Es braust ein Ruf . . . und neuestem Extrablatt, ihrer fiebrigen Gier nach neuen Nachrichten und viel, viel toten Franzosen, ihrem ewigen Singen in den Lokalen, ihrer albernen Spionenriecherei, ihren Hinausschnüffeln fremder Staatsangehöriger, ihrer dauernden Aufgeregtheit, ihrem Losbauen auf jeden, der im geringsten skeptisch war, ihrer Blindwütigkeit, ihrer Hurralaune in Permanenz . . .. dieser Geist der ersten Tage ist ein miserabler gewesen. Die Kanaille war erwacht, die große Fenstereinschmißgesinnung! Wir ließen uns in jenen Tagen anbrechen, es gebe zwei Sittlichkeiten: eine im Krieg und eine im Frieden. Wir lernten in jenen Tagen das Leben klein achten.

Seid ihr in jenen Tagen einmal Beobachter gewesen? Habt ihr in einer Promenade, auf einer Bank vielleicht, das Liederjohlen, Hurraschreien der Tausende zu euch herüberwehen gehört? Hat euch nicht ein namenloses Entsetzen an der Gurgel gepackt? Ist euch nicht der seltsame Gedanke gekommen, daß Millionen Löwen plötzlich Gitter und Stangen zerrissen hätten und nun sich im Freien tummeln und Fleisch! Fleisch! Fleisch! stöhnen? Gevatter Bäcker von gestern, Freund Fleischer, Meister Sattler: ihr tanztet vor Freude auf den Plätzen, wenn das Extrablatt schrieb, gestern sei ein englischer Kutter mit Mann und Maus gesunken. Ihr, eben noch spröder Stoff, euch ergriff nun die Flamme des Taumels — — nun wart ihr selber Glut. Vaterlandsliebe! Vaterlandsliebe soll das gewesen sein, dieser blutrünstige Rausch der ersten Tage, dieses Gedankenwallen in Blut und wieder Blut? Alles war Ungerechtigkeit, wüstester Chauvinismus, Satanismus in jenen Tagen. Bei uns und den Gegnern. Ueberall. Aber bei uns nicht weniger. Die kanaillösen Sensationsinstinkte waren wachgerufen worden und krakeelten um des Krakeels willen. Belanglosester Kleinkram, das Versenken eines englischen Minenbootes, das Abschießen eines Flugzeuges, Quark, den kein Mensch später mehr beachtete, wurde fanatisch bejubelt. Man kümmerte sich gar nicht um den Wert der Einzelhandlung in bezug auf die Gesamtlage, man jubelte und schrie, lärmte und ließ hoch leben, weil man einmal ungebunden sein wollte von den Fesseln einer tausendjährigen Kultur.

Untersuchen wir nicht, wer die Hauptschreier waren. Fragen wir nicht, welche Schichten sich am meisten zurückhielten. Das ist ja nun alles vorbei. Loben und verurteilen wir heute nicht. Aber erkennen wir, daß das deutsche Volk selbst am 8. Juli in Versailles nicht so gelitten hat, wie der deutsche Mensch im August 1914. Das war ein Rückfall damals. Ein Rückfall in dunkle Zeiten der Unbezähmtheit. Die Lust am Schrecklichen hüllte sich in den Mantel der Vaterlandsliebe und half blökend das Riesenkreuz mit aufrichten, an dem fünfzehn Millionen europäischer Menschen verendeten.

Der Geist von 1914, der sich schreiend auf der Straße zeigte, war der der Lüge, der Unkenntnis, des Irrtums und der Blutlust. Hassen und verabscheuen wir diesen Geist bis in die tiefsten Herzensfalten hinein. Er war der Geist, der in unseren Tagen wieder fortgewirkt und gelebt hat, ebenso in den Münchner Geiselmördern wie in Marloh und den Marburger Exekutoren.

Der Geist von 1914 ist der Ungeist der Brutalität und Bestialität, der Ungeist, der glaubt, mit Haß und Feuer die Welt erlösen zu können.

Emil Badners sozialistische Bücherei, in langen Jahren mühevollen Aufspürens und Sammelns auf allen Wegen zu einem wertvollen Schatz von vierhalbtausend Nummern gewachsen, wird nun ein Teil der Berliner Stadtbibliothek werden. Wer da weiß, wie in den achtziger und neunziger Jahren, nach den Zeiten schwerer Verfolgung, in den Kreisen sozialdemokratischer Arbeiter jedes Stück sozialistischer Literatur oft geradezu heilig gehalten wurde, der kann die Leidenschaft und Freude verstehen, mit der Emil Badner bis zu seinem Tode — er starb am 14. Februar 1918 — diese Literatur zusammengebracht hat. Die Bücherei ist reich an seltenen Drucken und wird wegen der Vollständigkeit mancher protokollarischer Dokumentenreihen von Durchforschern der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung noch sehr geschätzt werden. Es ist überaus erfreulich, daß diese Sammlung nicht zersplittert, sondern in geschlossenem Bestande durch den jetzt erfolgten Beschluß des Magistrats, sie für 50 000 M. anzukaufen, dem allgemeinen Nutzen gesichert wird. Sie soll der Friedländerschen Sammlung der Stadtbibliothek angegliedert werden.

Zugunsten der älteren Schüler hat der Vorstand des „Bundes entschiedener Schulreformer" an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Bitte gerichtet, entsprechend den Anregungen der Reichsschulkonferenz nunmehr vorzugehen in der freiheitlichen Gestaltung der Haus- und Schulordnungen wie der Lehrpläne aller Lehranstalten. Er ersucht um Beseitigung aller Ausnahmebestimmungen zuungunsten der älteren Schüler, der Erlaß vom 11. März 1920 (der Vereinserlaß) möge ganz zurückgezogen werden. Ferner hebt er hervor, den älteren Schülern müsse eine Vertretung auf allen Konferenzen, in denen ihre Angelegenheiten behandelt werden, zugestanden werden. Der Unterricht sei zunächst für alle älteren Schüler im weiten Maße wahlfrei zu gestalten. In jeder Weise sei die Beziehung aller Unterrichtsgebiete zum Leben der Gegenwart zu pflegen.

Der Genius im Kinde. Unter diesem Titel bereitet die städtische Kunsthalle Mannheim und der ihr angegliederte Freie Bund zur Einbürgerung der bildenden Kunst eine große Ausstellung vor, die das Verhältnis von Kind und Kunst behandeln soll. Der erste Teil der Ausstellung ist dem „Kinde als Künstler" gewidmet. Der zweite Teil gilt der Kunst in der unmittelbaren Lebensumgebung des Kindes, vor allem in Haus und Schule, der dritte Teil der künstlerischen Erziehung des Kindes, vor allem dem Zeichen- und Modellierunterricht.

Hans Pfitzner wird seine Berliner Lehrtätigkeit jeweils in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November, 15. Januar bis 15. März und vom 15. Mai bis 15. Juli ausüben.

Richard Strauß tritt in den nächsten Tagen seine südamerikanische Reise an. Er wird in allen großen Städten Brasiliens und Argentiniens dirigieren, und zwar ausschließlich Orchesterwerke von Beethoven, Richard Wagner und sich selber. Anfang Dezember erfolgt noch eine Reihe von Gastkonzerten in Spanien.

tionale aber hat recht, wenn sie die Menschheit auch weiter vor den Segnungen einer derartigen „Kultur" bewahrt.

Fürstenfeld, 31. Juli. (Telunion.) Der Raubzug gegen das Waffenmagazin war **militärisch organisiert**. Sogar die Eisenbahnstrecken waren besetzt, um den Raubzug zu decken. Wer sich widersetzen wollte, wurde mit dem **Erschießen** bedroht. Der Wert der geraubten Waffen wird auf vier Millionen Kronen geschätzt. Die Wiener Blätter erheben **schwere Anklagen gegen Ungarn**, jedoch auch gegen die Landesregierung von Steiermark, welche entgegen dem Auftrage des Staatsamtes für Heereswesen sich geweigert hatte, die Waffen von Fürstenfeld ins Innere des Landes zu bringen. Von dem Vorfall wurden auch die **Ententemissionen verständigt**. Es wurde eine eingehende Untersuchung eingeleitet und von Ungarn **Genugtuung** verlangt.

Feldzug gegen Botschafter Barrère.

Bologna, 30. Juli. (W.T.B.) Die Zeitung „Resto del Carino" veröffentlicht Mitteilungen über eine zur Beeinflussung der innern Politik Italiens von dem französischen Botschafter Barrère in Rom auf Betreiben Clemenceaus, der in Italien eine scharfe antisozialistische Politik wünschte, unternommene Agitation. „Popolo d'Italia" richtet in einer Besprechung dieser Mitteilungen heftige Angriffe gegen den französischen Botschafter, dessen sofortige Abberufung das Blatt verlangt.

Ein Erfolg der Flamenbewegung.

Brüssel, 29. Juli. In der belgischen Kammer gab anläßlich einer Interpellation über die Ereignisse, die sich in Antwerpen beim „Goldenen Sporenfest" abspielten, der Minister des Innern Jaspar eine hochbedeutsame Erklärung ab. In Belgien müßten alle Meinungen frei vertreten werden können, selbst die fortschrittlichsten. Der Minister ersuchte die wallonischen Abgeordneten, die Führer der flamischen Bewegung nicht Reaktivisten zu nennen. Er forderte sie im Gegenteil auf, gewisse flamische Forderungen zu bewilligen, damit die Geister sich beruhigen könnten.

Wahlmännerwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 31. Dezember. Bei sehr geringer Wahlbeteiligung fanden gestern die Wahlen der Wahlmänner zum Landsthing statt. Nach dem Ergebnis zu urteilen wird das Landsthing sich nach den endgültigen Wahlen folgendermaßen zusammensetzen: Gemäßigte Linke 22 (3 Mandate gewonnen), Sozialdemokraten 15 (unverändert), Konservative 11 (2 gewonnen), Radikale 10 (6 gewonnen), Erwerbspartei 1 (1 gewonnen). Das Landsthing, das 72 Mitglieder zählt, davon 54 durch Wahlen und 18 vom Landsthing selbst gewählte, wird danach folgende Zusammensetzung erhalten: Gemäßigte Linke 29 (22 gewählte und 7 vom Landsthing gewählte), Sozialdemokraten 19 (15 und 4), Konservative 15 (11 und 4), Radikale 7 (4 und 3), Erwerbspartei 1.

Die Tätigkeit des Heimatdienstes.

An der Tätigkeit des Heimatdienstes ist vielfach Kritik geübt worden. Vor allem die Deutschnationalen stehen dem Heimatdienst mit großem Mißtrauen gegenüber und haben sowohl in der Nationalversammlung wie im Reichstage zahlreiche Anfragen über seine Tätigkeit an die Regierung gerichtet. Der Hauptausschuß hat nun einen interfraktionellen Ausschuß zur Untersuchung der Tätigkeit der Zentrale des Heimatdienstes eingesetzt. Vorsitzender ist Dr. Bachnicke (Demokrat), Berichterstatter sind Sollmann (Soz.) und Münzer (Deutschnational). Der Ausschuß wird vor Beginn der Hauptsitzung des Reichstages eine gründliche Untersuchung der Arbeit des Heimatdienstes vornehmen.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beriet heute über die Verordnung zur Durchführung der §§ 25 Abs. 3 und 28 des Militärversorgungsgesetzes. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei den Kriegsbeschädigten Erregung über die Bemessung von Renten für Beschädigte besteht, die trotz ihrer körperlichen Schädigung voll erwerbsfähig sind. Geheimrat Kerschensteiner und Unterstaatssekretär Ritter wiesen nach, daß die Befürchtungen der Kriegsbeschädigten völlig unbegründet sind. Die Verordnung bringt festgelegte Rentensätze als Mindestleistung für Beschädigte mit voller Erwerbsfähigkeit. Diese Rentensätze bleiben bei vollem Einkommen unverringert, werden aber bei Verminderung der Erwerbsfähigkeit entsprechend dem § 57 des Reichsversorgungsgesetzes erhöht. Danach wurde der erste Teil der Vorlage, der die Körperschäden und die dafür in Betracht kommenden Sätze aufzählt, einstimmig angenommen.

Groß-Berlin

Neuwahlen zu den Kreistagen.

Wie das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg mitteilt, stehen Neuwahlen zu den Kreistagen der Kreise Niederbarnim und Teltow wegen der Schaffung der Einheitsgemeinde Berlin in Kürze bevor. Die Wahlen sollen so angesetzt werden, daß diese neuen Kreistage zum 1. Oktober zusammentreten können.

Ueberführung von Kriegerleichen.

Das Zentral-Nachweis-Amt für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin NW., Dorotheenstr. 48, gibt infolge der sich häufenden Gesuche um Ueberführung der irdischen Reste gefallener deutscher Soldaten aus dem Auslande in die Heimat bekannt:

Die deutsche Regierung würdigt durchaus die Gefühle der Pietät, die zahlreiche Angehörige von Kriegsgefallenen den Wunsch hegen lassen, ihre teuren Toten in heimischer Erde bestattet zu sehen. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehenden außerordentlichen Beförderungsschwierigkeiten, den Mangel an Material für die Zinksärge, die infolge des niedrigen Standes unseres Geldes unverhältnismäßig hohen Kosten und den damit verbundenen starken Geldabfluß in das Ausland, sowie aus sozialen Gründen und wegen der bisher ablehnenden Haltung der früher feindlichen Regierungen ist sie jedoch bis auf weiteres leider nicht in der Lage, solchen Anträgen stattzugeben. Auch können Ausnahmen nicht zugelassen werden. Das Gleiche gilt von der Ueberführung von Kriegerleichen aus Deutschland in das Ausland.

Jede Aenderung dieser Entscheidung wird sofort öffentlich bekanntgegeben werden.

Die neue Mietssteigerung,

die der Wohnungsverband Groß-Berlin festgesetzt hat — 10 Proz. mehr Miete —, braucht vorläufig noch kein Mieter zu zahlen; denn abgesehen von der Möglichkeit, daß die neue Verordnung noch aufgehoben werden kann, trifft die Erhöhung nur solche Mietverträge, die in gültiger, vertragsmäßiger Weise und mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes gekündigt worden sind oder noch gekündigt werden und bei denen außerdem das Mieteinigungsamt die neue Erhöhung neuerdings ausdrücklich zuläßt. Die neue Erhöhung wird im Regelfalle erst zum 1. April 1921 eintreten können; denn die Kündigungen zum 1. Oktober 1920 sind schon meist durch das Mieteinigungsamt endgültig erledigt und unzulässige Kündigungen zum 1. August oder 1. September 1920 sind ganz selten.

Die vollen 10 Proz. mehr brauchen aber erst gezahlt zu werden, wenn diese Forderung des Vermieters vom Mieteinigungsamt nachgeprüft worden ist; denn die 10 Proz. ohne weiteres bewilligen, hieße die Höchstpreise auch auf dem Wohnungsmarkt einführen. Die einfachste Lehre für jeden Mieter ist, nur dann 30 Proz. Zuschlag zur Friedensmiete zu zahlen, nachdem das Mieteinigungsamt endgültig in mündlicher Verhandlung des Einzelfalles diese Mietshöhe festgesetzt hat. Selbst schriftliche oder mündlich anderweite Vereinbarungen haben demgegenüber keine Gültigkeit.

Trostlose Finanzlage des Reiches.

Das Volk klammert sich an den papierenen Mammon. — 2,9 Milliarden neuer Steuern.

Der Reichsminister der Finanzen, Dr. Wirth, hat dem Reichstage eine Denkschrift über die finanzielle Lage des Reiches zugehen lassen, der wir folgendes entnehmen:

Gegenüber den Schätzungen, die vor Jahresfrist in den Denkschrift über den künftigen Finanzbedarf des Reiches und seine Deckung gegeben worden sind, **stellt sich gegenwärtig der Finanzbedarf des Deutschen Reiches wesentlich größer und die finanzielle Lage Deutschlands damit erheblich schwieriger dar.** Hatte man im Sommer 1919 angenommen, daß der laufende Steuerbedarf des Reiches sich auf etwa 17½ Milliarden Mark belaufen würde, so zeigt sich jetzt ein **Bedarf von rund 25 Milliarden Mark an laufenden Einnahmen.** Darin sind noch keine Summen für die Betriebsverwaltungen enthalten. Die grundstürzende Umwertung aller Wertverhältnisse hat die Grundlage für die Schätzung, die vor kaum einem Jahre vorgenommen worden ist, vollkommen geändert.

Die Entwertung der Valuta wirkte ihrerseits zurück auf die Preisgestaltung im Inland. Eine Preisrevolution, wie sie wohl kaum jemals bei einem großen Volke in dieser kurzen Zeit eingetreten ist, setzte sich durch und führte ihrerseits wieder zu dem Bestreben, das Einkommen dieser Preissteigerung anzupassen. Die Rückwirkung auf die Reichsfinanzen und die Finanzen aller übrigen öffentlichen Körperschaften konnte natürlich nicht ausbleiben. Sie zeigt sich in den außerordentlich stark gewachsenen Aufwendungen für den Personalbedarf der öffentlichen Körperschaften, zeigt sich aber auch in den stark erhöhten Ausgaben für den Sachbedarf. Die allgemeine Umlagerung der Preise macht sich **besonders verhängnisvoll geltend** auf dem Gebiete der **staatlichen Verkehrsunternehmungen.** Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens hat man es beim Staate vermieden, die Tarife der Post wie der Eisenbahnen so zu gestalten, daß ein voller Ausgleich an die allgemeine inländische Preisentwickelung erfolgt wäre. Die außerordentlichen Fehlbeträge, welche diese Betriebsverwaltungen des Reiches aufzuweisen haben, sind in gewissem Sinne Aufwendungen zugunsten der Volkswirtschaft; denn hätten die Verkehrsverwaltungen in gleicher Weise ihre Preise in die Höhe gesetzt wie die Privatindustrie, dann hätte es nicht ausbleiben können, daß das Wirtschaftsleben mehr oder weniger gedrosselt worden wäre. Im übrigen ist es fraglich, ob die Betriebseinnahmen nicht durch die Erhöhung der Tarife leiden werden.

Es bedarf der größten Energie der gesetzgebenden Faktoren und des höchsten Pflichtbewußtseins, sowie einer **starken, großen Opferbereitschaft der gesamten Bevölkerung,** um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich bei der Neuordnung des Finanzwesens emportürmen. Dazu ist notwendig, **daß unser Volk den Ernst der Lage** nach der wirtschaftlichen wie nach der finanziellen Seite hin **endlich wirklich erfaßt.** Es muß sich zu der Ueberzeugung durchringen, daß nur mit großen Mitteln, mit kraftvoller Arbeit und strengster Pflichterfüllung gegenüber dem Reiche eine Besserung unserer ganzen Lage gefunden werden kann.

Die Denkschrift gibt dann eine genaue Uebersicht der Entwickelung der Reichsfinanzen von 1913 bis zur Gegenwart. Die

Gesamteinnahmen und -ausgaben des Reiches in den Jahren 1913 bis 1919

betrugen in Millionen Mark:

	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben
1913	2 217,9	2 587,9
1914	2 850,8	8 653,8
1915	1 735,3	25 708,4
1916	2 029,4	27 740,9
1717	7 830,3	52 015,4
1918	6 795,0	44 630,7
1919	8 683,8	74 405,4

Von Beginn des Krieges bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1919 waren

219,8 Milliarden Mark Kredite

bewilligt. Es ist wichtig, daß man sich diese Summe vor Augen hält, weil in ihr die Höhe der Reichsschuld zum Ausdruck kommt. Denn wenn die wirklich begebene Schuld noch nicht diese Höhe erreicht hat, so hängt dies eben damit zusammen, daß die Ausgaben, für welche die Kredite bewilligt wurden, noch nicht völlig vollzogen sind. **Im Jahre 1920 werden neue Kredite notwendig sein, besonders mit Rücksicht auf die Eisenbahnverwaltung.**

Weiter aber haben sich die **Schulden der Gliedstaaten und der Gemeinden** infolge der ihnen im Kriege überwiesenen Aufgaben **gleichfalls stark erhöht.** Diese Summen müssen, wenn man die Kosten des Krieges zusammenfassen will, mitberücksichtigt werden.

Der voraussichtliche Reichshaushalt für 1920.

Was notwendig ist, wenn wir wieder zu gesunden finanzpolitischen Verhältnissen kommen sollen, das ist in erster Linie eine **möglichst weitgehende Klarheit über die tatsächliche Lage unserer Finanzen. Dazu gehört die Abkehr von der Kriegsfondswirtschaft,** die schon im Jahre 1919 angebahnt worden ist und die Rückkehr zu den alten Grundsätzen jeder gesunden Finanzwirtschaft, daß die Ausgaben für die einzelnen Zwecke besonders ausgeworfen und verrechnet werden und daß die nötigen Einzelnachweisungen vorgenommen werden.

Die Schätzung der zu **erwartenden Einnahmen** für das Rechnungsjahr 1920 begegnet nicht minder großen Schwierigkeiten als die Schätzung der Ausgaben.

An Einnahmen sollen für die Reichskasse gewonnen werden aus:

	Mill. M.		Mill. M.
Reichsnotopfer . . .	2250	Körperschaftssteuer . .	800
Einkommensteuer . .	2100	Erbschaftssteuer . . .	406
Kapitalertragsteuer .	1800	Besitzsteuer	100

aus diesen direkten Steuern zusammen sollen also 6½ Milliarden Mark aufkommen.

Neben diesen laufenden Einnahmen aus Reichssteuern sind an direkten Steuern eingestellt **3 Milliarden Mark aus der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.**

Was die **Stempel- und Verkehrssteuern** anbelangt, so sollen sie zusammen **1030 Millionen Mark erbringen,** wovon auf Personen- und Güterverkehr allein 530 Millionen Mark entfallen sind.

Einen Posten für sich bildet die **Umsatzsteuer.** Ihr Ertrag ist nach Abzug von 15 Prozent für Länder und Gemeinden auf 3102 **Millionen Mark** geschätzt. Bei der gewaltigen Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus dürfte diese Schätzung wohl begründet sein.

Aus den **Verbrauchssteuern, Zöllen und Monopoleinnahmen** erhofft man einen **Gesamtertrag von 9087 Millionen Mark.** Die Hälfte dieser Summe soll allein aus der Kohlensteuer aufkommen. Bei den hohen Kohlenpreisen ist eine solche Erwartung rechnerisch begründet. Gehen aber die Kohlenpreise zurück, so ist es sehr fraglich, ob die genannte Summe aus dieser Steuer gewonnen werden kann.

Auch die Zölle sind mit einer Ziffer eingesetzt, die sehr hoch erscheint (2,5 **Milliarden Mark**). Die Ursache für diese Höhe bildet das Aufgeld, das infolge der Vorschrift über die Goldzahlung der Zölle entrichtet werden muß. Ohne dieses Aufgeld würde der Zollertrag bedeutend niedriger sein als in der Friedenszeit.

Die **Tabaksteuer** wird wohl einen wesentlich höheren Ertrag bringen, als man bei der Schaffung der neuen Tabaksteuer erwarten durfte. Der Tabakverbrauch ist immer noch stark. Die Preise sind sehr hoch, und darum erscheint die **Schätzung auf 1 Milliarde** nicht unbegründet.

Eine Steuer, von der gute Einnahmen erwartet werden dürfen, ist auch die **Weinsteuer.** Ihr Ertrag ist mit **250 Millionen Mark** eingesetzt, was sich aus den hohen Weinpreisen der Gegenwart erklärt.

Dagegen sind die **Biersteuer** und die Einnahmen aus dem **Branntweinmonopol** noch sehr bedeutend geringer eingestellt, als man bei Durchführung der betreffenden Steuerreform im Beharrungszustand von dieser Besteuerung erwartete. Aus dem **Branntweinmonopol** sollten im Beharrungszustand **800 Millionen Mark** gewonnen werden. Die Einnahme aus der Branntweinverwertung wird aber einschließlich Freigeld nur auf 200 Millionen Mark geschätzt. Die **Einnahme aus der Biersteuer** ist bloß **mit 100 Millionen Mark** in den Haushalt eingestellt mit Rücksicht auf den auch heute noch so stark beschränkten Konsum.

Zieht man die einzelnen großen Gruppen der Steuereinnahmen zusammen, so ergibt sich für die Reichssteuern folgendes Bild. Es sollen gewonnen werden:

aus den laufenden direkten und den Verkehrssteuern	10,88 Milliarden Mark,
aus einmaligen direkten Steuern .	3,0 Milliarden Mark,
aus Zöllen, Verbrauchssteuer und Monopoleinnahmen	9,1 Milliarden Mark,
also zusammen . .	22,98 Milliarden Mark.

An **sonstigen Einnahmequellen** sind hervorzuheben: die Einnahmen aus dem Bankwesen und die Ausfuhrabgaben. Die Ausfuhrabgaben sind in der vorläufigen Schätzung mit **1 Milliarde Mark** angesetzt. Doch ist zu bedenken, daß diese Erträge außerordentlich großen Schwankungen unterworfen sein können, um so mehr als eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Forterhebung der Ausfuhrabgaben bis zum Jahresschluß besteht. Die Einnahmen aus dem Bankwesen sind mit 950 Millionen Mark eingestellt.

Endlich sind an **neuen Steuern, die noch nicht bewilligt wurden, vorgesehen: 2922 Millionen Mark.**

Beim Haushalt von 1920 sind die **Betriebsverwaltungen** abgesondert worden von dem übrigen Haushalt.

Der Voranschlag dieser Betriebsverwaltungen ist gleichfalls nur als vorläufig anzusehen. Die **Post- und Telegraphenverwaltung** schätzt ihre Einnahmen auf 3848,8 Millionen Mark, ihre gesamten Ausgaben auf 4510,8 Millionen Mark, **so daß ein Fehlbetrag von 870,5 Millionen Mark** sich ergeben würde. Nach den vorläufigen Ergebnissen aber scheint es, daß dieser Fehlbetrag **sich auf annähernd 1 Milliarde Mark erhöhen dürfte.**

Einer der dunkelsten Punkte in dem Gesamtbild der **Reichsfinanzlage** ist der Haushalt der **Reichseisenbahnverwaltungen.** Hatte man zu Beginn des Rechnungsjahres 1920 angenommen, daß der **Fehlbetrag** bei dieser Verwaltung **sich auf 12 Milliarden Mark** berechnen würde, so zeigt sich jetzt, daß **auch diese Summe nicht ausreichen wird.** In dem Entwurf eines Gesetzes über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 wird festgestellt, daß nach neueren Berechnungen der Fehlbetrag für das erste halbe Jahr 1920 sich auf 7600 Millionen Mark belaufen wird. **Für ein ganzes Jahr würde demnach der Fehlbetrag die ungeheure Höhe von 15,6 Milliarden Mark erreichen.**

Zusammenfassend ergibt sich bezüglich des Haushalts für 1920 demnach folgende vorläufige Uebersicht:

Die **Einnahmen** aus Zöllen und Steuern, die Monopoleinnahmen und Ausfuhrabgaben, die Einnahmen aus dem Bankwesen und sonstige kleinere Einnahmen **sollen insgesamt 27,77 Milliarden Mark erbringen,** darunter 2,9 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und 3 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern. Die **Ausgaben** des ordentlichen Haushalts sind, nach Abzug von 180 Millionen Mark Rückeinnahmen, veranschlagt mit **27,7 Milliarden Mark.** Würden die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben sich so gestalten, wie sie im Voranschlag geschätzt sind, so würden, wie schon erwähnt, sich die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats die Wage halten. Infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des schwankenden Geldwertes ist es jedoch fraglich, ob dieses Ergebnis erzielt werden kann. Die Gesamtausgabe des außerordentlichen Haushalts würde demnach 24,5 bis 27,6 Milliarden Mark betragen.

Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts ist in dem vorläufigen Etat auf 52,2 bis 55,3 Milliarden Mark anzugeben, wovon rund die Hälfte durch die Einnahme des ordentlichen Etats Deckung finden soll.

Aus diesen Ziffern spricht eine **gewaltige Mahnung an das deutsche Volk,** den **Ernst der Lage,** in welcher wir uns befinden, **voll zu erkennen** und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch die praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reiches vermieden wird. **Es dreht sich um alles.** Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den papiernen Reichtum klammert, so wäre eine **wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich;** die Folgen einer solchen wären nicht auszudenken.

Achtung, Oberschlesier!

Die Presse hat sich in den letzten Tagen wiederholt mit dem Schwindelmanöver von Vereinen beschäftigt, die unter dem Deckmantel wirtschaftlicher oder nationaler Arbeit für Oberschlesien in ihre eigene Tasche gearbeitet haben. Außer jeder Gemeinschaft mit diesen Organisationen stehen die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und deren zahlreiche Ortsgruppen. Es handelt sich hier um die große über das ganze Reich in insgesamt 900 Ortsgruppen sich erstreckende Vereinigung, die die Ermittlung aller abstimmungsberechtigten Oberschlesier und die Propaganda unter ihnen — gemeinsam mit dem Deutschen Schutzbund — auch die Transportvorbereitungen für die Abstimmung durchführt, deren Arbeit in jeder Beziehung Unterstützung und Förderung verdient und die mit den in letzter Zeit mehrfach genannten Schwindelgründungen, die sie selbst mit allem Nachdruck bekämpft und zu deren Aufdeckung sie auch ihrerseits beigetragen hat, außer jedem Zusammenhang steht.

Der zweite deutsche Reichssiedlertag ist von der Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegersiedlungen anläßlich der vom 15. bis 21. August in Leipzig stattfindenden Baumesse nach Leipzig einberufen worden. Die Tagung dauert vom 14. bis 16. August. Alle Freunde des Siedlungsgedankens sind hierzu geladen. Sowohl die Vorträge, in deren Mittelpunkt eine Rede Professor Dr. Oppenheimers (Frankfurt) steht, wie die Führungen durch die Baumesse werden eine Fülle neuer Anregungen bringen. Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegersiedlungen, Dresden-A., Gutzkowstraße 5 II.

Charlottenburg. An die Steuerzahler! In den nächsten Tagen wird mit der Zustellung der vorläufigen Steuerfestsetzungsbescheide und der Anforderungsschreiben für die Reichseinkommensteuer an diejenigen Steuerpflichtigen, für die solche Bescheide vorgesehen sind, begonnen werden. Da die vorläufige Reichseinkommensteuer für das Vierteljahr April/Juni sofort nach Empfang des Steuerbescheides, die Steuer für Juli/September bereits am 15. August fällig ist bzw. wird, liegt es im Interesse der Steuerpflichtigen, wenn sie die nötigen Vorbereitungen schon jetzt treffen, um alsbald Zahlung leisten zu können. Diejenigen Steuerpflichtigen, denen bereits Abzüge vom Gehalt oder Lohn gemacht worden sind, seien besonders darauf hingewiesen, daß die bereits einbehaltenen Beträge, sei es durch Vorlage der Steuerkarten bei der zuständigen Steuerkasse oder durch direkte Einzahlung bei dieser auf die in den Steuerbescheiden angeforderte Summe zu verrechnen sind.

Lichtenberg. Gründung einer Siedlungsgenossenschaft der Kriegsbeschädigten. Die auf dem von der Stadt erworbenen Rittergut Mahlsdorf angesiedelten Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer der beiden Kriegsbeschädigten-Organisationen (Reichsbund und Internationaler Bund) haben eine Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Lichtenberger Gartenheim" e. G. m. b. H. gegründet. Der Zweck des Unternehmens ist der Erwerb von Siedlungsland für die Mitglieder. Solange die Genossenschaft über eigenes Siedlungsland nicht verfügt, ist ihr Bestreben darauf gerichtet, Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmern, Kriegshinterbliebenen und Minderbemittelten bei der Bewirtschaftung des erworbenen Grundstücks und Errichtung von Baulichkeiten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, ferner durch gemeinsamen Einkauf von Waren und Rohmaterial für den eigenen Bedarf, Regulierung der Schuldverhältnisse für die Genossen, sowie Beschaffung von Geldmitteln zur Errichtung von Baulichkeiten. Interessenten erhalten kostenlose Auskunft an jedem Montag, abends von 7 bis 9 Uhr, im Geschäftslokal, Restaurant Bohne, Berlin-Lichtenberg, Marktstraße Ecke Krumhübler Straße. — Briefliche Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden der Genossenschaft, Genossen Arthur Tölg, Berlin-Lichtenberg, Rupprechtstr. 7.

Spandau. Eine gemeinsame Betriebskrankenkasse tritt am 1. August 1920 für alle Betriebe des Reichswerks ins Leben. Die bei den einzelnen Fabriken bestehenden 6 Krankenkassen werden alsdann aufgelöst. Das Kassenlokal der neuen Kasse befindet sich in dem früheren Speisesaal der Geschützgießerei, Eingang vom Hauptbahnhof aus. Wie uns mitgeteilt wird, sind mit der Errichtung der gemeinsamen Krankenkasse erhebliche Aenderungen verbunden, die durch Anschlag in den Fabrikräumen bekanntgegeben werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 1. August:

Jungsozialistische Vereinigung (S.P.D.) Alle Ortsgruppen treffen sich zur Teilnahme an der Friedensdemonstration **um 9½ Uhr auf dem Dönhoffsplatz** vor dem Stein-Denkmal.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden. Ortsgruppe Groß-Berlin. Oeffentl. Versammlungen Montag, 6 Uhr: Berlin O, Tilsiter Str. 4/5, Schulaula; Lichtenberg, Realgymnasium Parkaue; Dienstag, 6 Uhr: Steglitz, Realschule Florastr. 13. Freie Aussprache. — **Republikanischer Führerbund.** Bezirk 7, Norden. Versammlung am 2. August, 7.30 Uhr, Pappelallee 25, Lokal zum Strauß: Wahl der Bezirksdelegierten. — Ortsgruppe Neukölln. Treffpunkt sämtlicher Abteilungen Sonntag früh 9 Uhr auf dem Hermannplatz.

Gewerkschaftsbewegung

Der Entwurf zu einer Schlichtungsordnung.

Aus dem Sekretariat der sozialdemokratischen Fraktion erhalten wir folgende Zuschrift:

Gewerkschafts- und Parteiorganisationen beschäftigen sich seit einiger Zeit mit dem Entwurf zu einer Schlichtungsordnung und sehen sich veranlaßt, gegen den Entwurf zu protestieren und die Proteste an die Reichstagsfraktion einzusenden. Dabei wird von der Auffassung ausgegangen, daß es sich um einen endgültigen Gesetzentwurf handelt, worauf wohl auch die häufig in den Beschlüssen und Protesten liegende Schärfe zurückzuführen ist. Zu einer solchen Schärfe liegt deswegen kein Grund vor, weil es sich um einen Entwurf handelt, der die Grundlage zu Verhandlungen mit den Interessenten und Sachverständigen bildet und der den erwähnten Kreisen die Möglichkeit bietet, ihre Wünsche und Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Erst nachdem alle Ansichten der beteiligten Kreise eingeholt sind, wird der endgültige Gesetzentwurf ausgearbeitet und dem Reichstage vorgelegt.

Wir bitten deshalb, von voreiligen Protesten abzusehen und sich darauf zu beschränken, positive Vorschläge zu machen und einzusenden.

Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Eine Konferenz der Berufsgenossenschaftsangestellten

nahm nach Anhörung eines Referats von Brenke über Beamteneigenschaft oder Tarifvertrag und eingehender Aussprache einstimmig folgende Entschließung an:

„Die in Halle a. S. tagende Reichskonferenz der Berufsgenossenschaftsangestellten hält nach wie vor an der gewerkschaftlichen Regelung ihrer Dienst- und Einkommensverhältnisse und somit an dem Tarifvertrage fest und erblickt in derselben die beste Möglichkeit, die Interessen der Kollegenschaft zu wahren und zu fördern. Sie erklärt, auf die Beamteneigenschaft in keiner Weise Wert zu legen, insbesondere weil dadurch die Berufsgenossenschaftsangestellten in ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit die bedenklichsten Einengungen erleiden würden.

Die gegenwärtige tarifliche Besoldung entspricht aber nicht mehr den Erfordernissen der Zeit, vor allem ist die Entlohnung der kinderlos Verheirateten und der Ledigen ungenügend, ebenso der im besetzten und im Industriebezirk Beschäftigten. Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten wird deshalb beauftragt, schnellstens mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durch ordnungsmäßige Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband deutscher Berufsgenossenschaften diese Mängel auszugleichen und mindestens die materielle, aber nicht die schematische Gleichstellung mit den vergleichbaren Klassen der Reichsbeamten nach dem Reichsbesoldungsgesetz durchzusetzen. Die jetzige Ortsklasseneinteilung nimmt nicht in der notwendigen Weise Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Es wird deswegen verlangt, daß eine Ortsklassenfestsetzung nach den Teuerungsverhältnissen getroffen wird.

Außerdem vertritt die Konferenz die Auffassung, daß in der freien deutschen Republik auch den Berufsgenossenschaftsangestellten in gleicher Weise wie der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft das Recht werden muß, frei und unabhängig von behördlichen Einmischungen Tarifverträge oder Dienstordnungen abzuschließen resp. abzuändern und fordert deshalb von der Gesetzgebung die schleunigste Beseitigung der dieses Recht einschränkenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Schönlein-Berlin."

Ueber die Musterdienstordnung referierte Heilmann. Es wurde beschlossen, daß der Zentralverband der Angestellten diese Angelegenheit in dem Sinne weiter verfolgen soll, daß eine einheitliche Dienstordnung bei allen Berufsgenossenschaftsangestellten im Reiche zur Einführung gelangt. Die festgelegten Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen wurden gutgeheißen.

Weiter sprach Wolter über die Reform der Sozialversicherung. Das vorliegende Material soll, soweit möglich, den örtlichen Fachgruppen zugänglich gemacht werden.

Ferner wurden verschiedene Organisationsfragen behandelt. Der Verlauf der Tagung hat bei allen Beteiligten volle Befriedigung ausgelöst. Mit den vom Zentralverband der Angestellten getroffenen Maßnahmen erklärte man sich allenthalben einverstanden.

Die Teuerungszulagen für Wohnhausportiers und der Demobilmachungskommissar.

Durch Tarifverhandlungen mit dem Bund der Berliner Grundbesitzervereine und dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer wurden im vorigen Jahre Verträge abgeschlossen, die Lohnsätze von 20 bis 360 M. im Monat vorsahen, wofür zum Teil Mann und Frau tätig sein müssen. Infolge der rapiden Steigerung der Preise für Lebensmittel und der sonstigen Gebrauchsgegenstände sah sich die Organisation der Portiers gezwungen, der großen Not gehorchend, eine Teuerungszulage zu fordern, welche auch vom Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer ab 15. 2. 20 in Höhe von 20 Prozent und ab 17. Mai 20 mit 80 Prozent und für jedes Kind 6 M. pro Woche bewilligt wurde. Der Bund Berliner Grundbesitzervereine konnte dies nicht, da er seine überflüssigen Gelder reichlich zur Wahlpropaganda für die Rechtsparteien, nicht aber für die hungernden Portiers brauchte. Die Organisation rief daher den Schlichtungsausschuß an, der in einer Sitzung am 23. April auch diese armen Grundbesitzer zur Zahlung einer 20prozentigen Teuerungszulage und der Kinderbeihilfe von 6 M. pro Kind und Woche verurteilte. Infolge Protestes dieser Herren beim Demobilmachungskommissar wurde die Hoffnung der Portiers, ihre Lebenslage zu verbessern, illusorisch. Nach wiederholten Verhandlungen, bei denen wohlhabende Portiers die Notlage der Wohnhausbesitzer in allen Tönen schilderten, kam der salomische Schiedsspruch, die im Ueberfluß lebenden Wohnhausportiers bekommen nichts. Das Opfer zum Wahlfonds hat Zinsen gebracht und diese überaus weise Auslegung erfolgte erst, nachdem der alte Amtsschimmel 4 Monate in hohe Schule geritten, der Hungertarif längst gekündigt war, so daß auch die aus hochwohllöblicher Erkenntnis heraus bewilligten Teuerungszuschläge unter dem gefällten Schiedsspruch vom 23. April teilweise zu spät kamen.

Die „Metallarbeiter-Zeitung" gegen die Verfechter der Betriebsrätezentrale.

Das zweifelhafte Spiel der „revolutionären" Betriebsräte-Phraseure beleuchtet die „Metallarbeiter-Zeitung" in ihrer letzten Nummer. Sie knüpft an an die ständige Kampfparole der Berliner Betriebsrätezentrale gegen die Gewerkschaften und betont, „kein Haar bleibt übrig. Reaktionäre Gewerkschaften! Konterrevolutionäre Gewerkschaften! Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Afa in den Arbeitsgemeinschaften! Mithin sind die von den Gewerkschaften zusammengefaßten Betriebsräte Werkzeuge der Arbeitsgemeinschaften! Die den Arbeitsgemeinschaften angehörenden Gewerkschaften stehen auf einer Stufe mit den Gelben usw. So geht's fort in „logischen" Purzelbäumen. Und da der Deutsche Metallarbeiterverband mit dem A.D.G.B. und der Afa den gemeinsamen Standpunkt vertritt, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte durch, resp. innerhalb der Gewerkschaften zu erfolgen hat, so werden auch wir mit allen anderen auf den Scheiterhaufen der Betriebsrätezentrale geschleppt! Rich. Müller schürt als erster das Feuer!" ....

Und am Schluß der Betrachtung läßt sich die „Metallarbeiter-Zeitung", die bekanntlich auch auf ihre revolutionäre Gesinnung baut, wie folgt aus:

„Doch betrachten wir einmal die Verfechter der Betriebsrätezentrale in ihrer ganzen „Konsequenz". Wenn sie den Namen Karl Legien oder vom A.D.G.B. hören (dem sie, nebenbei bemerkt, selbst als Mitglieder angehören, soweit sie freigewerkschaftlich organisiert sind), geraten sie schon ganz aus dem Häuschen und bekreuzigen sich. Nur nicht mit Leuten und dem A.D.G.B. zusammen. Das ist Verrat am Sozialismus, konterrevolutionär, reaktionär usw. Da lohnt es sich mal nachzuschauen, mit wem denn die Verfechter einer selbständigen Betriebsräteorganisation die Revolution zum Siege führen, den Sozialismus verwirklichen wollen.

„Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Fegefeuer in den Himmel springt."

Denn die Betriebsrätezentrale rühmt sich, alle Betriebsräte, gleich ob K.A.P.D., K.P.D., U.S.P., S.P.D., Zentrümler, Demokraten, Christliche, Hirsche oder gar gelblich Angehauchte in der „Einheitsorganisation", der selbständigen Betriebsräteorganisation zu vereinigen. So käme das Proletariat zu einheitlicher Aktion usw. Das ist natürlich blühender Unsinn. Doch er wird verzapft. Halten wir die „Logik" fest: mit Karl Legien und dem A.D.G.B. kommt man nicht zum Sozialismus, identifiziert sich mit den Arbeitsgemeinschaften usw., doch mit den wütendsten Gegnern des Sozialismus (Christlichen, Hirsch-Dunckerschen usw.), die nebenbei bemerkt auch warme Verfechter der Arbeitsgemeinschaften sind, setzt man sich zusammen und rühmt sich seiner Tat.

Wir sind der festen Hoffnung, daß alle Kollegen sehr bald das Trauerspiel erkennen, das seitens der Betriebsrätezentrale mit ihnen getrieben wird."

Dieses Urteil ist nicht gerade schmeichelhaft; inzwischen ist die bekannte Vereinigung zur Betriebsrätekommission mit der Berliner Gewerkschaftskommission erfolgt. Wir hoffen, daß der Klärungsprozeß auf dem Wege der methodischen und planvollen Arbeit im Sinne der von dem A.D.G.B. aufgestellten Richtlinien erhebliche Fortschritte macht. Denn die Zeit der revolutionären Phrase sollte nun doch bald vorüber sein.

Wirtschaft

Die Umstellungsarbeiten bei Krupp.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" hat im Juni einen Sonderberichterstatter in das Ruhrrevier entsandt, der in einer Artikelreihe die dort gewonnenen Eindrücke wiedergab und unter anderem über die Umstellungsarbeiten bei Krupp folgendes schrieb: Was ich bei Krupp zu sehen bekam, war ein industrieller Umsturz. Man war mit dem Umbau, dem Ausräumen beschäftigt oder mit neuer Erzeugung bereits gut im Gange. Einen Augenblick scheint man in 1918 durch die Katastrophe betäubt gewesen zu sein, aber dann ging man mit neuem Mut an die veränderte Lage der Dinge heran. Jetzt arbeiten in der Fabrik schon mehr Leute als vor dem Kriege je hier beschäftigt waren.

Bedeutende Herabsetzung der Braunkohlenpreise.

Der Reichskohlenverband zusammen mit dem großen Ausschuß des Reichskohlenrates berieten gestern über Herabsetzung der Braunkohlenpreise. Nach einer unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Hirsch abgehaltenen Vorbesprechung beschlossen beide Körperschaften, den Preis für das mittel- und ostdeutsche Revier bei Briketts um 19 M. je Tonne, bei Rohbraunkohle um 9 M. je Tonne, für das rheinische Gebiet den Preis für Briketts um 12 M., für Rohbraunkohle um 6 M. herabzumindern. Hierzu kommen für den Verbraucher noch 20 Proz. der obigen Beträge, welche an Kohlensteuer gespart werden. Der Beschluß bedeutet eine Herabsetzung der Braunkohlenpreise um etwa 12 bis 15 Prozent und stellt einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege des allgemeinen Preisabbaues dar.

Die deutschen Sparkassen im Juni 1920.

Im Juni d. J. hat der Geldzufluß zu den deutschen Sparkassen wieder eine gewaltige Höhe erreicht. Der Zuwachs beträgt mindestens 1600 Mill. M., eine Summe, die früher noch niemals in einem einzigen Monat erreicht worden ist. Im Monat Mai belief sich der Zuwachs auf 1100 Mill. M. und im Juni der beiden Vorjahre auf 150 bzw. 850 Mill. M. Die Gründe dieser Erscheinung sind wenig erfreulicher Art. Die Geldflüssigkeit hängt nämlich mit dem allmählichen Niedergang in Handel und Gewerbe zusammen. Es vollzieht sich wieder, nach kurzem Aufblühen, eine Liquidation der gewerblichen Betriebe, ein vollständiger Ausverkauf der Vorräte.

Theater der Woche.

Vom 2. bis 8. August.

Volksbühne: Der Anderen(?). — **Opernhaus:** Bis 28. 8. geschlossen. — **Schauspielhaus:** Die Gischwirte(?) — **Deutsches Theater:** Weibsteufel. — **Kammerspiele:** Die Brücke(?). — **Lessingtheater:** Das Glas der Jungfrau(?). — **Theater i. d. Königgrätzer Straße:** Das Geständnis. — **Schillertheater:** Der Rabenvater. — **Neues Volkstheater:** 1.—6.: Die drei Zwillinge. 7.—9.: Familie.

Täglich. **Großes Schauspielhaus:** Julius Cäsar. — **Kleines Theater:** Elise Lessing(?). — **Die Tribüne:** Pioniere(?). — **Deutsches Künstlertheater:** Kiebleute(?). — [illegible]: [illegible] Kaiser-Ballet. — **Berliner Theater:** Der letzte Walzer. — **Kleines Schauspielhaus:** Die Büchse der Pandora. — **Trianon-Theater:** Maskerade. — **Residenztheater:** [illegible]. — **Neues Zentraltheater(?):** Die Dame im Frack. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** [illegible]. — **Komische Oper:** Die Frau im Hermelin. — **Lustspielhaus:** Der ungetreue Eckehart. — **[illegible]theater:** Im weißen Rößl. — **Neues Operettenhaus:** Prinzessin Friedl(?). — **Thaliatheater:** Hoheit die Tänzerin. — **Theater am Nollendorfplatz:** Eine Nacht im Paradies. — **Theater des Westens:** [illegible] Leutnant. — **Rose-Theater:** Ein Walzertraum. — **Luisentheater:** Das Heiligtum des Herzens. — **Folies Caprice:** [illegible].

Nachmittagsvorstellungen. **Volksbühne:** 1., 7. und 8. Die Fledermaus. — **Luisen-Theater:** 1. und 8.: Verbotene Liebe.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser(?), Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Kasten-, Leiterwagen
Nordlux, Wilhelmstraße [illegible]

Verkäufe

Mandoline(?). [illegible] 50 Mark, 100 Mark Anzahlung. Kühlen, Steglitz, Bismarckstr. 11. Fernsprecher Steglitz 2391.

[illegible] und Zementsteine [illegible] Prinz, Bellbertstr. 30a.

Wenig getragenen Jackettanzug, Gehrock und Covercoat verkauft billig Buchholz, Dresdenerstraße 106 III. 32/14

Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 50. [illegible]

Leihhaus Schönberg, [illegible]straße 1, gegenüber Bahnhof, bietet höchstlohnend alles. Stets Verkauf von Versatzsachen. Stephan 2902. Richard Schelmann. 1618*

Gardinen, Künstlergarnitur, Stores, Bettdecken, Weißware preiswert. Landsbergerstraße 12. 1328*

Selbstgefertigte bessere Anzüge, auch nach Maß, spottbillig. Kuß, Wilhelmstraße 10a, Kochstraßenecke. 1608

Schäferhunde, Stubenhunde, feine Foxterrier, Pintscher, Schäferhunde verkauft Schalland. Palisadenstraße 23. [illegible]

Kronleuchter, Waschtische und alle anderen Gelegenheiten, Taschenuhren, Brillanten, [illegible] enorm billig. Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, I Treppe. 1388

Gelegenheitskauf! Küchen 150, Korbstühle 125, Badestühle 150 Mark, elegante Kreuzstühle, Silberstühle sowie alle anderen Polsterwaren, alles neu, feine Vorkriegsware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus Warschauerstraße. •

Möbel

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5, gibt jedermann Kredit. Große Auswahl in 1—3-Stuben-Einrichtungen, bunten Küchen, einzelnen Möbeln. 125*

Möbel gegen bar und Teilzahlung. Große Auswahl in Wohn-, Schlaf- und Speisezimmern, farbigen Küchen, einzelnen Möbeln. Lichtenthal, Oranienstraße 14a (Heinrichsplatz). Gegründet 1879.

Möbelpreise bedeutend ermäßigt. Solange Vorrat: Einzimmer und Küche 2490.—, Zweizimmer und Küche 4525.—, [illegible] Schlafzimmer 3500.—, Herrenzimmer 3600.—, Speisezimmer 4600.— Lagerung kostenlos. [illegible], Moritzplatz 58, Fabrikgebäude.

Möbel. Enorme Auswahl, sehr billig! Möbelhaus [illegible], Kastanienallee 95 (am Weinbergsweg). 1346*

Ausnahmeangebot! Schlafzimmer, Eiche, solideste Verarbeitung, komplett mit Patent- und Auflege-Matratzen, 4975.—, 7875.—, 6475.—. Schlafzimmer-Spezial-Fabrik, Burgstraße 27, Bureauhaus Börse. 1189*

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. 1595

[illegible] Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 25.— Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 156. 1568

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Vierling-Pianos, neue, gut gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 752*

Kaufgesuche

Zahn-Drilling kauft Frank, W 8, Markgrafenstraße 59. •

[illegible] kauft Paul, Grüner Weg 91.

Nähmaschinen kauft Mergelsberg, Wollinerstraße 45. 7110

Elektromaterial, Leitungsdrähte, Litzen, Isolierrohre, Glühlampen aller Art, Schalter, Fassungen, Kochapparate, Heizapparate, Bügeleisen, Meßinstrumente, Telephone kauft Koster, Brückenstraße 13a. [illegible]*

[illegible], 5 mm, kauft zu höchsten Preisen. Kirstein, Linienstraße 60. 32/11*

Glühstrumpfasche kauft zu absolut höchsten Preisen Sümmel, Elsasserstr. 79a I. 1269*

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten. Schröder, Prinzenstraße 66. •

[illegible] kaufen [illegible], Gneisenaustraße 5. Kollendorf 2879. •

Schallplatten, Walzen alte, kauft [illegible] H. John, Alte Jakobstraße 133 (Hallesches Tor). •

Silberschmelze [illegible], Köpenickerstr. 29a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, sämtliche Metalle. 1422

Zinn, Stanniol, sowie alle Metalle, Zahngebisse, Zahn bis 75.—, Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, Silberzeug, Quecksilber, Glühstrumpfasche 100.—, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Frauenhaar, Zahngebisse kauft Riemann, [illegible] 12, am Prenzlauer Tor. 1720*

Unterricht

Kaufmännische Privatschulen Ludwig [illegible], Börsebahnhof, Neue Promenade 3, Spittelmarkt, Seydelstr. 1. Halbjahres-, Jahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf sowie Einzellehrgänge. Einzelunterricht. 1545*

Damenfrisieren lehrt gründlich billigst [illegible], gepr. Friseurlehrerin, Lindenstraße 115. •

Technische Privatschule Dr. Wiener. Regierungs-Baumeister a. D. Berlin, [illegible]straße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. [illegible] •

Dr. Lins. Deutsch, fremde Sprachen, Schulprüfungen, Alexandrinenstraße 98. •

Rudolf Maurer's Privat-Zuschneideschule, Inhaber Alfred Maurer, Friedrichstr. 61. Gegründet 1871. Uniform-, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche. Lehrplan F kostenlos. 919*

Gesundbrunnen. Kaufmännische Privatschule Boleslaus [illegible], Badstraße 67, Humboldt 222. Anmeldungen jederzeit. Drucksachen kostenfrei. April neue Lehrgänge.

Kaufmännische Privatschule v. [illegible], Köpenicker Str. 149, am Schlesischen Bahnhof, Hochbahn Schlesisches Tor, [illegible], 16 Straßenbahnlinien. Fernsprecher: Moritzplatz 11286. Sämtliche Handelsfächer. Monats-, Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahreskurse. Sprachen. Schnellste Ausbildung als Stenotypist. Anmeldung in den Sprechstunden des Leiters täglich 11—1 und 5—7 Uhr.

Stenographie, Maschinenschreiben 30.—, landwirtschaftliche Buchführung 30.—, [illegible] Lehranstalt, Potsdamerstraße 118a. [illegible]*

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Fernsprecher: Königstadt [illegible].

Bielfeldsche Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 83. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Kaufmännische Privatschule von Hugo Strahlendorf, Spittelmarkt, Beuthstraße 11. Jeden Monat beginnen Privatzirkel, 5 Teilnehmer. Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Wechsel-, Scheckkunde. Lehrgänge in Schönschreiben, Kurzschrift (Stolze-Schrey), Maschinenschreiben, Diktatübungen. Lehrpläne unentgeltlich. 1318

Verschiedenes

Spezialist: Ehesachen, Strafsachen, Gerichtsvertretung. Neukölln, Berlinerstraße 101 (Hermannplatz). 1308

Saal, größter, schönster [illegible], für Vereine, Festlichkeiten und Versammlungen empfiehlt Max Schubert, [illegible], Brunnenstraße 154.

[illegible] Große Frankfurter Straße 67. 689*

Kostenloser Rat! Billige Gerichtsvertretung! (Spezialist: Ehesachen! Strafsachen!) Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). 1368

Erfinder, Patentbureau [illegible], Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7606. 758*

Möbeltransport, Spezialgeschäft. Berlin — auswärts. Garantie. Stein, Berlin, Diedenhofenerstraße 6. Humboldt 5663.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Maschinenfalzerinnen für Handfalzmaschine sucht Großbuchbinderei Schauer, Schöneberg, Hauptstraße 8. 1780*

Geübte Glühlampenarbeiterinnen gesucht. [illegible]straße 18/19, IV. Etage links. 82/9